

Kein Vergessen! Kein Vergeben!

Rede des ARAK ver.di NRW-Süd anlässlich des Jahrestages der Reichspogromnacht am 09.11.2002

"Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften werden weder Antisemitismus, Rassismus noch Fremdenfeindlichkeit hinnehmen, sondern überall und immer wieder mit allen ihren Möglichkeiten bekämpfen",

so Dieter Schulte, der damalige Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in seiner Eröffnungsrede zum 16. Ordentlichen Bundeskongress am 08. Juni 1998 in Düsseldorf.

Fast auf den Tag genau sechs Monate später am 05. Dezember 1998 hielt der Gewerkschafter und Soziologieprofessor Bernd Rabehl im Rahmen der *Bogenhauser Gespräche* vor der rechtsextremen Burschenschaft *Danubia* ein Referat mit dem vielsagenden Titel "Nationalrevolutionäres Denken im antiautoritärem Lager der Radikalopposition zwischen 1961/1980".

Die Münchener Burschenschaft Danubia wurde 1848 mit dem Leitspruch "Frei in Rede, kühn in Tat" gegründet. Zu den Gastrednern der Danubia gehörten in den letzten Jahren u.a. der ehemalige RAF-Anwalt und heutige NPDler *Horst Mahler*, der Südtiroler Bombenleger *Peter Kienesberger* und der Vordenker der neuen Rechten *Alain de Benoist*. Aus den Reihen dieser Burschenschaft wurde 1986 der Hochschulbund der Republikaner gegründet und der Danube Uwe Sauermann war früher Vorstandsvorsitzender des *Nationaldemokratischen Hochschulbundes* (NHB), der Hochschulorganisation der NPD. Anfang 2000 wurde die Danubia bundesweit auch in den Medien bekannt, weil sie einen mit Haftbefehl gesuchten NPDler in ihrem Haus versteckte.

Vor diesem ausgewählten Publikum also geißelte der Gewerkschafter Rabehl in seiner Rede, den *"Import von Partisanenfraktionen"* aus dem Ausland, welche die Gesellschaft unterwandern würden. Ergebnis dieses Prozesses seien die *"Zerstörung von Volk und Kultur"* sowie die *"Zersetzung der nationalen Identität"*.

Der gesamte Referatstext erschien drei Wochen später in der rechtsextremen Wochenzeitung *Junge Freiheit* – angeblich ohne Rabehls Wissen. Die rechte Postille *Wir selbst* druckte den Text später auch nach.

Bernd Rabehl war neben seinem Freund Rudi Dutschke einer der intellektuellen Köpfe der Studentenrevolte von 1968. Heute ist er Soziologieprofessor an der FU Berlin. Zum Zeitpunkt seines Vortrages bei der Danubia war er Vertrauensdozent der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung, der Studien- und Wissenschaftsstiftung des Deutschen Gewerkschaftsbundes... desselben DGB, der sich sechs Monate zuvor durch seinen Vorsitzenden erklärt hatte weder Antisemitismus, Rassismus noch Fremdenfeindlichkeit hinnehmen zu werden, sondern diese überall und immer wieder mit allen gewerkschaftlichen Möglichkeiten zu bekämpfen...

Hehre Worte, doch welche Taten folgten?!

Nachdem der Vorfall bekannt geworden war gab es sehr zeitnah Initiativen von StipendiatInnen und einzelnen Gliederungen von DGB-Gewerkschaften gegenüber dem Vorstand der HBS und dem Bundesvorstand des DGB. Einmütiger Tenor: Klare Distanzierung und sofortige Beendigung des Vertrauensdozentenmandates von Bernd Rabehl.



ARAK
AntiRassistischer ArbeitsKreis
Bezirk NRW Süd



Es geschah... – Nichts!

Trotz massiver negativer Öffentlichkeit. Der Vorstand der HBS erklärte den Vorfall zu einem Problem der „freien Meinungsäußerung“ und entzog ihn so einer gewerkschaftspolitischen Diskussion!

Erst nach über einem Jahr und erst nachdem sich der us-amerikanische Politologieprofessor und Gewerkschaftsforscher Andrei S. Markovits in der linken GewerkschafterInnenzeitung *express* in einem offenen Brief an seine lieben „Kolleginnen und Kollegen“ in Deutschland wandte, der anschließend auch in mehreren Tageszeitungen abgedruckt wurde, beendete die HBS am 22. Februar 2000 mit (man höre und staune!) „sofortiger Wirkung“ ihr Verhältnis mit Rabehl.

In dem Brief von Markovits heißt es unter anderem:

„Bereits bei meinem ersten Forschungsaufenthalt in Deutschland 1979 fiel mir auf, wie wenig die Linksintellektuellen über den Judenmord der Nazis wussten und wie peinlich ihnen das Ganze war. Nicht peinlich wegen des einzigartigen Verbrechens, sondern weil es die Aufmerksamkeit von angeblich "primären" Problemen - nämlich den Widersprüchen des Kapitalismus - nahm. Mit wenigen Ausnahmen blieb der Holocaust für dieses Milieu ein lästiger Nebenschauplatz der deutschen Geschichte und ihrer Identität. Antisemitismus und Judentum waren für sie fern oder höchst unangenehm. (...)

In diesem Kontext kamen nationalistische Schablonen hervor, die in doppelter Weise salonfähig waren: als kulturelle Überheblichkeit der Deutschen einerseits; und in der Lage als vermeintliches politisches und ökonomisches Opfer andererseits. Oft schlug man Amerika, meinte aber die Juden. Dass es eine untrennbare analytische, historische und normative Verknüpfung zwischen Anti-Amerikanismus und Antisemitismus auf der Rechten und der Linken im Verlauf des 20. Jahrhunderts gab, ist hinreichend bekannt. Es ist nicht zufällig, dass wichtige Figuren der deutschen Linken jetzt begeisterte Vertreter einer mehr oder minder faschistischen Tradition werden. Dies ist nur der Anfang.“

Erst nach diesem Brief entdeckte der Hans-Böckler-Stiftungsvorsitzende Nikolaus Simon immerhin spät statt nie!! Und nach 14 Monaten:

„Wenn jemand eine solche Rede hält, gehört er nicht mehr zu uns.“

Es bedurfte also erst des öffentlichkeitswirksamen Eingreifens eines prominenten us-amerikanischen Intellektuellen und des zumindest angedeuteten Vorwurfs des Antisemitismus und Antiamerikanismus, bevor sich der DGB Bundesvorstand und der HBS Vorstand dann letztendlich gezwungen sahen, den Rassisten und Antisemiten Rabehl aus der verantwortlichen Betreuung gewerkschaftlicher Studierender zu entlassen!

Dieses skandalöse Verhalten ist symptomatisch für die riesige Kluft, die in den deutschen Gewerkschaften zwischen hehren antirassistischen Verlautbarungen und der alltäglichen geübten Praxis klafft. Schon einmal in der Geschichte hat das weitgehende Schweigen der Gewerkschaften zu den Prämissen und Konsequenzen einer autoritären Krisenlösung im nationalen Rahmen zu einer Katastrophe geführt. Die bedingungslose Unterzeichnung eines Paktes für Arbeit, also die Akzeptanz eines "nationaloekonomischen" Handlungs- und Verteilungsrahmens, war eine der Voraussetzungen für die Politik der Aggression nach außen und der Vernichtung im Inneren.

Dass der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) bei aller Anbiederung an die "nationalsozialistische Erneuerung" am 2. Mai 1933 schließlich selbst und endgültig zum inneren Feind erklärt und zerschlagen wurde, war die notwendige Konsequenz der Politik der Selbstaufgabe und Anbiederung an die Herrschenden, ihre Verhältnisse und ihre Erklärung der Wirklichkeit.



ARAK
AntiRassistischer ArbeitsKreis
Bezirk NRW Süd



Wenn heute in Deutschland immer noch und immer wieder Juden als Fremde definiert, wenn Asylbewerber als Kriminelle diffamiert, wenn Ausländer als den sozialen Frieden und Besitzstand bedrohend empfunden werden – auch und verstärkt von GewerkschaftskollegInnen, dann spiegeln sich darin Aggressionen und Ängste der Bevölkerungsmehrheit, die aufgelöst und überwunden werden müssen.

Antisemitismus ist kein aus dem gesellschaftlichen Kontext zu isolierendes Vorurteil gegen eine bestimmte Minderheit. Antisemitismus ist vielmehr der Prototyp des sozialen und politischen Ressentiments und darum vor allem ein Indikator für den Zustand der Gesellschaft. Diese Einsicht ist der erste Schritt zu seiner Überwindung.

Der *Antisemitismus* ist eine Geisteshaltung, die den Juden *will* und *braucht*. "... existierte der Jude nicht", so Jean-Paul Sartre "der Antisemit würde ihn erfinden".

Beim Antisemitismus sind die "Grenzen der Aufklärung" erreicht.

Deswegen und nur deswegen, aus lauterem Vernunftgründen, diskutiert man nicht mit Nazis; - nicht aus schrillum Moralismus, der sich seiner selbst nicht sicher ist, nicht aus rigidem Abgrenzungsbedürfnis.

Beim Antisemitismus sind die "Grenzen der Aufklärung" erreicht.

Deswegen und nur deswegen sind die von Woody Allen zitierten Baseballschläger das einzige und richtige Argument, nicht weil sie qua Militanz irgendwie revolutionärer oder ob der antisemitischen Zumutung das angemessenere Strafmaß wären. Sie sind selbstbewusste reine Vernünftigkeit und kein Ausdruck von argumentativem Unvermögen oder kommunikativer Hilflosigkeit.

Beim Antisemitismus sind die "Grenzen der Aufklärung" erreicht.

Dies gilt es in den innergewerkschaftlichen Diskussionen endlich zu kapieren und auch umzusetzen, wenn die Gewerkschaften nicht erneut zum Teil des Problems statt zum Teil der Lösung werden wollen.

- ★ Als die Interessenvertretung der auf abhängige Beschäftigung angewiesenen Menschen und als Millionenorganisationen, die in ihrer eigenen Mitgliedschaft die kulturelle Vielfalt und Buntheit des Einwanderungslandes Deutschland repräsentieren, haben sie hierzu jede erdenkliche Chance.
- ★ Als überparteiliche und überkonfessionelle Kampforganisationen liegt es an den Gewerkschaften der zunehmenden Abgrenzung und Ausgrenzung von Menschen entlang ihrer Herkunft, ihres religiösen Bekenntnisses oder ihrer politischen Überzeugungen wirksam entgegen zu wirken.

Dieser Verantwortung haben sich die Gewerkschaften bei Strafe des eigenen Untergangs zu stellen. Denn Gewerkschaftsmitgliedschaft alleine schützt vor autoritären, antisemitischen und rechtsextremen Haltungen und Verhalten bekanntlich nicht; bereits zu Zeiten der Weimarer Republik nicht – genau so wenig heute.

Der Neofaschismus weiß wie ehemals sein historisches Vorbild der Nationalsozialismus sehr wohl zwischen Arbeiterklasse und sozialistischer Bewegung zu differenzieren. Letztere sei „verjudet“ und habe die Arbeiterklasse auf den falschen Weg geführt; ebenso wie die „verjudeten“ Gewerkschaften. Grundsätzlich sind aber auch Gewerkschaften in dieser Ideologie legitim – und zwar, so Adolf Hitler in Mein Kampf: *"als Mittel zur Verteidigung allgemeiner sozialer Rechte des Arbeitnehmers und zur Er kämpfung besserer Lebensbedingungen."*

Hierauf reduziert, werden Gewerkschaften zum Träger eines Wohlstandschauvinismus, der sich des völkischen Nationalismus und des Rassismus zur Verteidigung der vermeintlich eigenen Fressnäpfe gegen die Bedrohung durch andere bedient.



Dabei reihen sich dann abermals deutsche GewerkschafterInnen kritiklos als Gefolgschaft hinter dem eigenen Ausbeuter als Betriebsführer in der Betriebsgemeinschaft ein:

Sei es bei der gewerkschaftlichen Agitation gegen die „angelsächsischen Raubtiermanieren“ bei der Übernahme von Mannesmann durch Vodafone oder die Schlägertruppe von IG Bau-Kollegen gegen polnische und russische Kollegen, die in Berlin zu Hungerlöhnen auf den Hauptstadtbaustellen illegal beschäftigt werden, um nur zwei konkrete Beispiele aus dem letzten Jahr zu nennen..

Dieses ideologische Einfallstor gilt es wirksam zu schließen. Dazu bedarf es allerdings mehr als lediglich gut gemeinter Absichten und hehrer Selbstverpflichtungen, von denen der Schulte-Nachfolger im Amt des DGB-Vorsitzenden, Sommer, nach seiner Wahl direkt eine weitere folgen ließ. Zum Abschluss des diesjährigen DGB-Bundeskongresses sagte er:

„(...) Wer in diesem Lande versuchen sollte, Antisemitismus salonfähig zu machen oder gar politisches Kapital daraus zu schlagen, der muss mit dem geschlossenen Widerstand der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung rechnen.“

- ★ Solange der Fall Rabehl für die Wirklichkeit des gewerkschaftlichen Handelns in dieser Frage steht,
 - ★ solange klare politische Abgrenzungen zu Herrn Möllemann und seiner FDP von Gewerkschaftsseite fehlen,
 - ★ solange nicht dem Rechtspopulismus à la CDU in Sachen Zuwanderungsgesetz von den Gewerkschaften offen der politische Kampf angesagt wird und
 - ★ solange die Gewerkschaften es dem SPD-Bundesinnenminister Schily weitgehend unkommentiert durchgehen lassen, die völkische Phrase weiterzuverbreiten, dass die beste Integration die Assimilation sei,
-
- so lange sind solche Bekenntnisse weniger wert, als das Papier auf das sie geschrieben sind,
 - so lange machen sich Gewerkschaften als Organisationen mit schuldig am sich weiter ausbreitenden Krebsgeschwür des Rassismus und Antisemitismus in unserer Gesellschaft.

Deshalb grüßen wir all die Kolleginnen und Kollegen an diesem Tag und von dieser Stelle, die heute noch als Minderheit in den Betrieben und in den Gewerkschaften des DGB und in ihren Gremien seit Jahren und mit berechtigter Berufung auf die auch vorhandenen antifaschistischen Traditionen der internationalen ArbeiterInnenbewegung für die Durchsetzung einer humanistischen Alternative zu den herrschenden Verhältnissen streiten, die heute wie gestern nichts anderes als ausschließlich die Verhältnisse der Herrschenden sind.

Kein Vergeben! Kein Vergessen!
Fuck Rassismus!
Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft!

Andreas Buderus
AntiRassistischerArbeitsKreis ver.di NRW-Süd
Bonn, 09. November 2002



ARAK
AntiRassistischer ArbeitsKreis
Bezirk NRW Süd

